

# iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 656

Mittwoch, 16. Mai 2018

25. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	1
Ramazzini: Das sozio-ökonomische System produziert Migration: Wir müssen es ändern!.....	2
PBI: Der Versuch, den Frieden zu fördern.....	4
Der Präsident ernennt Maria Consuelo Porras zur neuen Generalstaatsanwältin.....	4
MP hat während der Amtszeit von Aldana 178 kriminelle Banden zerschlagen.....	5

## Editorial

Der Redakteur der **iFijáte!** ist zum Katholikentag nach Münster gefahren. Er erfuhr, dass unter anderem der Bischof von Huehuetenango, Álvaro Ramazzini, bei einer Veranstaltung zum Thema „Migration in Mittelamerika: Wo ist die Menschlichkeit?“, organisiert von dem katholischen Hilfswerk für Lateinamerika, Adveniat, auf dem Podium sein werde. In dieser Ausgabe gibt es ein Interview mit diesem befreiungstheologischen Kirchenmann, der aufgrund seines Engagements gegen Bergbauprojekte und seinem Eintreten für Landreformen und ökonomische Reformen Morddrohungen erhalten hat. Das Gespräch handelte sich entlang der Frage, wo sich denn für den streitbaren Bischof HoffnungsträgerInnen für eine bessere Lebenssituation der Menschen Guatemalas auffinden lassen – Ramazzini kommentierte viele indigene wie auch eher bürgerliche Bewegungen mit einem Ja, ganz gut, aber uneinig und ohne gemeinsame Strategien.

Auch vom Katholikentag gibt es einen kurzen Bericht über eine Veranstaltung mit Brigitte Fischer-Brühl, die 2016-2017 mit PBI in Guatemala war.

Ansonsten behandelt diese Ausgabe die erste Pressekonferenz der neuen Generalstaatsanwältin Consuelo Porras und die letzte der scheidenden Generalstaatsanwältin Thelma Aldana. Porras, die von Präsident Molina aus den sechs von der Berufungskommission vorgeschlagenen KandidatInnen ausgewählt wurde, dürfte die konservativste, unpolitischste und – über ihren Mann – auch die den Militärs am nahe stehendste Kandidatin gewesen sein. Die einzige Hoffnung liegt bei ihr darin, dass auch Aldana nicht auf Anhieb als Menschenrechtsaktivistin angesehen wurde.

Die Bilanz von Aldana, die den letzten Bericht ihrer Amtszeit vorlegte, kann sich durchaus sehen lassen. Hoffen wir, dass die strukturellen Reformen im Justizsektor, der Ausbau des Justizwesens in den Landkreisen etc. vorangeht. Wie sagte es Aldana selbst, sie erfordert den politischen Willen der Regierung. Deren Gebahren und das der Kongress-abgeordneten im Pakt der Korrupten lässt da durchaus Zweifel aufkommen. Im nächsten Heft werden wir uns ausführlicher mit den diversen Gesetzesinitiativen dort befassen, vor allem aber mit dem sog. NGO-Gesetz, das diese unter staatliche Kontrolle stellen will.

## **Ramazzini: Das sozio-ökonomische System produziert Migration: Wir müssen es ändern!**

**Monseñore, Sie sind hier auf dem Katholikentag in Münster zu einem Plenum zum Thema „Migration in Mittelamerika“ eingeladen. Was ist Ihnen bei diesem Thema besonders wichtig?**

Migration ist eines der brennendsten Probleme in Zentralamerika, in Lateinamerika insgesamt. Und es wird immer schlimmer. Solange die strukturellen sozioökonomischen Probleme nicht gelöst werden, wird dieses System Migration produzieren. Der Hintergrund der Migration ist vielfältig; in Nicaragua, Honduras, El Salvador hat es Bürgerkriege gegeben, die wiederum aufgrund des kapitalistischen, rein merkantilistischen Wirtschaftssystems mit verursacht worden sind. Nach den Kämpfen der Guerilla gegen die Militärs hat auch der Frieden die Armut nicht beseitigt. Die Jugend hat keine Perspektiven. So wollen viele in die USA, meist über Mexiko. Aber sowohl in den USA als auch in Mexiko werden die Migrationsgesetze immer restriktiver. Mexiko hat es mit vielen eigenen Problemen zu tun: etwa mit den Drogenkartellen. Die Situation der MigrantInnen wird immer schlimmer: Sie werden ihres Geldes beraubt oder dazu genötigt, Drogen zu schmuggeln. Es gibt Menschenhandel. Gewalt und Drohungen bestimmen das Leben der MigrantInnen. Die Drogenkartelle haben ihre Arme bis in die Regierungen, aber auch manche Wirtschaftsbranchen ausgebreitet. 1.250.000 Guatemaltekinnen wohnen aktuell in den USA, davon 98 % ohne Papiere. Viele Leute unter 18 machen sich auf den Weg in die USA, um zu ihren Familien zu kommen. Sie hoffen weiterhin auf Gesetze in den USA, die die Familienzusammenführung ermöglichen. Dies gibt es aber nicht mehr. Jene Jugendlichen, die es geschafft haben, werden also deportiert, zum Teil auch ihre Eltern, die ihre Jugendlichen abholen wollen. All das gilt auch für die sogenannten Soñadores, die davon träumen, in den USA ein wenig Geld für die Familie zu verdienen. All dies werde ich auf dem Plenum sagen, aber auch an die globale Dimension erinnern. Auch Europa hat seine Migrationsschwelle, etwa die Kriegsflüchtlinge aus Syrien oder auch aus Afrika. Wir müssen immer wieder an die Genfer Flüchtlingskonvention erinnern. Es gibt ein Recht auf Migration, auf freie Bewegung.

**Ich habe manchmal den Eindruck, dass Sie der einzige Bischof in Guatemala sind, der so offen gegen die Politik und den Kapitalismus auftritt. Ist dieser Eindruck falsch?**

Ja, der ist tatsächlich falsch. Sehen Sie, es gibt in der Bischofskonferenz verschiedene Kommissionen. Ich leite die zur Migration. In dieser Funktion spreche ich, natürlich meine persönliche Akzentuierung, aber immer mit der Unterstützung der übrigen Bischöfe – auch wenn diese zu dem Thema öffentlich nicht so viel sagen. Wir halten uns in dieser Frage an das, was Papst Franziskus sagt. Wir unterstützen die Migranten persönlich in ihren Rechten, aber wir versuchen auch die politischen und ökonomischen Ursachen anzugehen. Das ist bei dieser ineffizienten Regierung und dem desaströsen Kongress wirklich nötig.

**Und das gilt im Falle der Minen und Bergbauprojekte?**

Ja. Auch hier muss unterschieden werden: In beiden Diözesen, die ich bisher geleitet habe, waren diese Projekte ja vorhanden, in anderen Diözesen aber nicht. Das heisst, sie haben da etwas weniger Veranlassung, sich zu positionieren. Es mag auch den einen oder anderen geben, der sagt, wenn diese Projekte gut reguliert sind und so, könnten sie durchaus positiv sein. Im konkreten Fall diskutieren wir das dann – aber da kommen wir denn doch überein, Nein dazu zu sagen.

**Sie hatten ja bereits Ihre Einschätzung zur derzeitigen politischen Lage in Guatemala angedeutet. Könnten Sie das noch mehr ausführen?**

Wir leben in einer sehr speziellen Situation. Die Regierung ist ineffizient, schwach. Da werden die Minister alle Nase lang ausgetauscht. Sie reden von einem Plan für das Land, aber der wird nicht umgesetzt. Es gibt auch keinerlei ökonomischen Ressourcen, weil es in Guatemala keine Kultur gibt, Steuern zu zahlen. Dabei gilt: keine Steuern → keine staatlichen Investitionen → keine Entwicklung des Landes und der Menschen.

Was den privaten Sektor angeht: Da gibt es die GrossgrundbesitzerInnen und Unternehmen, die auf Exporte setzen: Kaffee, Bananen, Afrikanische Palme und verschiedenes mehr. Die wollen, dass das alles so bleibt, wie es ist. Aber es gibt auch einige UnternehmerInnen, die sagen, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Die wollen Steuern zahlen, angemessene Löhne zahlen. Sie wollen also ein klein wenig das System ändern, aber sie sind nicht die Mehrheit. Insgesamt begünstigt das herrschende System jene, die bereits etwas besitzen, die bekommen immer mehr, während die, die schon wenig haben, nicht mehr erhalten.

Und dann gibt es die, die die Gesetze machen. Die sind sehr wichtig. Sie machen nicht das, was notwendig wäre, z.B. eine Landreform. Was die machen, ist desaströs. Es gibt zwar Ausnahmen, aber die meisten Abgeordneten sind so. Ich erinnere nur an die Gesetze des vergangenen Jahres, den Pakt der Korrupten, die Strafen für Korruption verringern oder ganz aussetzen sollten. Und da gibt es die CICIG, die dazu beigetragen hat, dass einige Ex-Präsidenten in Haft sitzen, eine ehemalige Vizepräsidentin, mehrere MinisterInnen. Die machen Druck auf die Regierenden. Und da versucht der Präsident, den Leiter der CICIG aus dem Land zu werfen. Aber die Justiz ist noch immer ineffizient, willkürlich, hält sich nicht an Prozessverfahren. Ähnliches gilt für das Strafsystem. Die Zustände in den Gefängnissen sind furchtbar. Ich kenne sie, weil ich ja auch mit Gefängnisbesorge zu tun habe. Und dann gibt es die Maras, die nicht Folgen der Armut sind, sondern auch des mangelnden Familienzusammenhaltes.

Nun, das ist das Panorama des Landes. Ich glaube, dass es bei den nächsten Wahlen viele ganz neue KandidatInnen ge-

ben wird. Dabei ist es so notwendig, dass das Wahl- und Parteiengesetz reformiert wird – aber ich fürchte, dass dieser Kongress nicht machen wird. So wird sich nicht viel ändern an der Gewalt, Armut, organisierten Kriminalität, der Deportation Jugendlicher aus den USA oder Mexiko.

### **Wo bleibt die Hoffnung?**

Natürlich verlieren wir als Kirche nicht die Hoffnung. Wir geben viel von unserem Geld für soziale Zwecke und soziale Aktivitäten. Wir haben verschiedene Programme für die BäuerInnen und ihre Organisationen, Nahrungsmittelprojekte, da viele hungern, Gesundheitsprojekte, weil viele sich Medikamente und gesundheitliche Betreuung nicht leisten können. Wir haben Programme in der Sozialpastoral, über die wir die Strukturen mit verändern wollen. Wir sind also nicht nur karitativ tätig, sondern wir wollen die strukturellen, sozio-ökonomischen Ursachen verändern.

### **Was ist mit dem Kampf der Indigenen – sind sie nicht auch eine Quelle der Hoffnung?**

Ja, da gibt es viele gute Dinge. Einige waren auf dem Treffen der UN-Beauftragten für Indigene Völker. Aber die Indigenen sind nicht vereint. Es gibt Kommunikationsstörungen zwischen ihnen. Verschiedene Bewegungen, verschiedene Ansätze. Uneinigkeit führt nicht zum gemeinsamen Sieg. Das ist ein Problem von Führung. Viele Bewegungen haben eine althergebrachte Führung – die FührerInnen zahlen keine Steuern, kümmern sich nicht um die Anliegen des Volkes.

### **In unserer letzten Ausgabe haben wir einen Text aus der Prensa Comunitaria gebracht, der voller Hoffnung auf die Aktivitäten der CODECA schaute und dass sie tatsächlich die Politik etwas verändern können ...**

Ja, die haben Power, viele Gruppen nehmen teil, sie haben fähige Leute. Aber ihre FührerInnen sind ein wenig abgeschlossen in ihrer Welt, sie haben keine globale Vision. Es gibt innerhalb der CODECA Gruppen, die sich ausserhalb des Gesetzes stellen wollen. Wenn Dir ein Gesetz nicht gefällt, dann musst du es ändern. Das ist das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Aber wenn Du Dich ausserhalb des Gesetzes stellst, dann haben wir eine praktische Anarchie. Das heisst, es gibt dann Gesetze, die aber in der Praxis niemand einhält. Aber viele in der CODECA gehen in diese Richtung.

### **... und was ist mit Justicia Ya! und ihren Demonstrationen gegen Pérez Molina oder jetzt gegen den Pakt der Korrupten, die haben doch was bewirkt ...**

Ja sicher, die sind gut. Aber auch hier sind sich die Gruppen nicht einig. Sie haben keine gemeinsamen Ziele, die sie im ganzen Land verfolgen. Sie wissen noch nicht, wie sie vorangehen können.

### **Fehlt also so etwas wie die Asamblea de Sociedad Civil (ASC) die in den 1990er Jahren sowohl im Prozess der Rückkehr der Flüchtlinge als auch im Friedensprozess wichtig war?**

Ja, an so etwas wäre zu denken.

### **Inzwischen sind die KatholikInnen in Guatemala nicht mehr in der Mehrheit. Sehen Sie das mit Sorge?**

Es gibt keine verwertbare Statistiken über die Zahlen der Religionsangehörigkeit, da es keinen Zensus gibt. Insofern hat jede Glaubensrichtung ihre eigenen Zahlen: die EvangelikalInnen sagen, dass sie 50 % der Bevölkerung ausmachen, andere gehen von 45 % aus. Aber das ist von Region zu Region verschieden: Hier in Huehuetenango sind es nur 25 %.

### **Wobei es geht mir bei der Frage weniger um Zahlen als um die unterschiedliche Sicht auf das Leben und die Politik. Ich meine, sind nicht sehr viele PolitikerInnen evangelikal?**

Sie meinen in der Regierung. Weiss ich nicht. Der Präsident ja, der ist evangelikal, der Vizepräsident, glaube ich, nicht. Für mich persönlich ist gar nicht so entscheidend, welcher Religion jemand angehört, der ein öffentliches Amt hat, denn schliesslich haben wir ja eine laizistische Verfassung. Insofern ist es eigentlich egal, welche Religion ein/e PolitikerIn hat. Das wirklich Problem ist für mich ein anderes: 98 % der GuatemaltekinInnen sagen, dass sie ChristInnen sind, katholisch oder nicht-katholisch. Aber was für eine Art von ChristInnen sind wir denn? Vor dem Hintergrund der Armut, der organisierten Kriminalität, der Mara, der Jugendlichen, die versuchen, in die USA zu kommen frage ich mich, sind wir ChristInnen auf dem Papier, oder im tatsächlichen Leben. Da spielt die Frage, wie viel Geld verdienen wir, eine immer wichtigere Rolle, denn die Mitglieder müssen 10 % ihres Einkommens an die evangelikalen Kirchen abgeben.

### **Der Punkt ist doch, dass die Evangelikalen konservativ sind, nicht sozial, Stützen des ungerechten Systems ....**

Ja, das ist, was ich sage. 98 % der GuatemaltekinInnen nennen sich ChristInnen, aber wir schaffen es nicht, eine Gesellschaft zu schaffen, in der es keine Armut gibt. Für mich sind die menschlichen Werte christliche Werte. Es gibt da eine Inkohärenz mit den christlichen Werten, eine falsche Idee von Christentum. Christsein heisst, Ich gehe zur Messe, ich bete, ich lese Gottes Wort, ich weiss mehr oder weniger, an was ich glaube. Das reicht nicht. Im Evangelium steht eine klare Botschaft, Ihr seid das Salz der Erde, Ihr seid der Sauerteig; Verändert ungerechte Strukturen, von Gewalt, Tod, Armut usw.. Wenn diese Werte nicht Teil meiner Spiritualität sind, wo soll denn da ein Ort für Gott sein?

### **Das ist doch ein gutes Schlusswort. Vielen Dank! Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihre Arbeit!**

Gerne. Auch Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

## PBI: Der Versuch, den Frieden zu fördern

**Münster, 10. Mai** - Im Erzählcafé „Die FriedensstifterInnen“ haben auf dem Katholikentag in Münster verschiedene Friedensorganisation ihre Arbeit vorgestellt. Am 10. Mai waren dies Brigitte Fischer-Brühl aus Nürnberg von PBI Guatemala und Juliane Asmann aus Hamburg vom Christian Peace Team (CPT). Da die CPT nicht in Guatemala arbeitet, sondern in Kolumbien, dem Irak, Israel-Palästina und auf Lesbos, sei hier nur auf die Ausführungen von Brigitte Fischer-Brühl verwiesen.

PBI wurde 1981 gegründet als eine Organisation in der Nachfolge der Shanti Sena, die Mahatma Gandhi begründet hatte. Anlass war die damalige Situation in Zentralamerika. PBI arbeitet ausschliesslich auf Anfrage und sieht sich als ein Friedensermöglicher. Sie schützt Menschen, die sich für andere Menschen und die Menschenrechte einsetzen und daher bedroht werden. Ihre Methode ist vor allem die Präsenz bei und die Begleitung von diesen bedrohten Personen. Sie ist politisch neutral, tritt offen auf (rote Weste) und spricht mit allen Akteuren im Land, in dem sie arbeiten, also auch mit Polizei und Militärs. Sie sind offiziell als Organisation anerkannt und dürfen legal dort tätig sein. Zudem stehen sie auch im engen Kontakt mit den Botschaften der jeweiligen Länder, aus denen die Aktiven kommen. Meist sind diese Aktiven aus den westlichen Ländern, aber vermehrt kommen Personen aus den Ländern des Südens hinzu, etwa aus Chile, Mexiko oder Kolumbien. Derzeit sind zwei hauptamtliche KoordinatorInnen, die vom Zivilen Friedensdienst bezahlt werden, dort.

Als Brigitte im Januar 2016 zu den Aktiven in der Hauptstadt hinzu stiess – etwa ein gutes Dutzend wohnen und arbeiten gemeinsam in einem Haus in Zone 2 – musste sie erst einmal dort ‚leichtere‘ Tätigkeiten übernehmen: etwa Prozessbeobachtung. Dabei wünschte sich Brigitte, in die verschiedenen Regionen zu fahren. Aber auch ihre Beobachtung des Prozesses über den Fall Sepur Zarco (Versklavung von Frauen in einer Kaserne während des Bürgerkrieges in den 1980er Jahren) hat sie stark beeindruckt. Andere PBI-KollegInnen schützten das Anwaltskollektiv, das die Nebenklägerinnen vertrat. Eine Frau, Opfer in Sepur Zarco, verbarg ihren Kopf unter einem grossen Tuch, sprach aber dann doch über ihre Torturen in der Kaserne. Schliesslich wurden die angeklagten Militärs verurteilt. Die 200 BesucherInnen im Gerichtssaal applaudierten und tanzten – und die Frau nahm ihr Kopftuch ab.

Ihr Wunsch zu reisen, wurde dann endlich Realität: Landrechte und die Ökonomisierung des Waldes waren die Hintergründe im Quiché bei den Chorti, aber auch in La Puya (**¡Fijáte!** berichtete bereits häufig darüber, d.Red.). Aktive wurden kriminalisiert und PBI war vor Ort, um die AktivistInnen zu schützen, damit sie ihre Rechte wahrnehmen und verteidigen konnten.

Brigitte berichtet davon, dass der Stress ihr doch zeitweise zu schaffen machte. Sie war als Rentnerin allein unter jungen Menschen, die neben der gemeinsamen Arbeit andere Interessen hatten. Es gibt bei PBI jedoch psychologische Betreuung in solchen Situationen, wenn auch häufig per Skype. Aber auch dies hilft. Nach einem Jahr hat Brigitte Fischer-Brühl ihre Zeit beendet. Sie bereut es nicht. Zurzeit ist sie häufig auf Vortragstour.

## Der Präsident ernennt Maria Consuelo Porras zur neuen Generalstaatsanwältin

**Guatemala Stadt, 5. Mai** - Die neue Generalstaatsanwältin für die Amtszeit 2018-2022, María Consuelo Porras Argueta, antwortete 21 Minuten lang auf einige Fragen u.a. bezüglich des Missbrauchs der Untersuchungshaft, einigen Gesetzesentwürfen zur Übernahme von öffentlichen Ämtern und der Erweiterung des Mandats der CICIG. Die Anwältin ist 64 Jahre alt und ist nun die dritte Frau, die nacheinander den Posten als Generalstaatsanwältin innehat – nach Claudia Paz y Paz und Thelma Aldana.

Porras hielt ihre erste Pressekonferenz im Besuchersaal des Verfassungsgerichts, wo sie sich als stellvertretende Richterin verabschiedete. Sie begann sie mit den Worten: „Es war Glück, das es in diesem Falle ich war, die zur neuen Generalstaatsanwältin ernannt wurde.“

„Wir wissen, dass wir alle verpflichtet sind, dafür zu sorgen, dass unsere guatemalteckische Gesellschaft von Harmonie und Frieden beherrscht wird. Als eine Ermittlungsinstitution werden wir die Aufgaben, die uns die Verfassung und das Gesetz auferlegt, erfüllen“, sagte sie.

Interessant war, wer Porras bei ihrer ersten Pressekonferenz begleitet hat: Rodolfo Payes, ihr Generalsekretär, sowie Carolina Reyes und Julio Córdón, die aufgrund ihrer Qualifikationen eine Anstellung in der Staatsanwaltschaft (MP) erhalten. Der Stab werde mit technischen Personal vervollständigt und werde jene berücksichtigen, die als besonders wertvolle StaatsanwältInnen bereits in der MP arbeiten, sagte Porras. Sie habe von ihrer Nominierung wie die Bevölkerung aus den Medien erfahren. Etwa gegen Mittag habe ein Tweet der guatemalteckischen Regierung die Entscheidung des Präsidenten bekannt gegeben, ohne freilich etwas zu den Gründen der Entscheidung für Porras zu sagen. „Ich bitte

die neue Generalstaatsanwältin (...) eine objektive, unparteiische und unabhängige Strafverfolgung zu stärken“, heisst es in dem offiziellen Tweet.

Auf die Frage, warum sie denn Morales, der sich von MP und CICIG distanzieren, dennoch als Verbündeten im Korruptionenkampf ansehe, sagte Porras, dass „der Präsident das aufgrund seiner gesetzlichen Aufgaben sein müsse, weil er derjenige sei, der die nationale Einheit repräsentiert.“ Was sich gegenüber der Amtsführung von Thelma Aldana nicht verändern werde, sei, regelmässig Pressekonferenzen abzuhalten. Die Bevölkerung brauche diese Informationen. Was ihre ersten drei Schritte im Amt sein werden: Erstens, die MP in ihrer Gesamtheit kennenzulernen, den Bedarf zu klären und die Amtsführung neu auszurichten. „Was wir wollen, ist, dass die MP gelernte StaatsanwältInnen hat“.

Porras Argueta wird als Person „mit einem starken Charakter“ in ihrem Arbeitspensum beschrieben, da sie dafür bekannt ist, sehr fordernd zu sein. Sie hat ein erstes Examen als Anwältin und Notarin von der Universität San Carlos, einen Master in Strafrecht von der Universität San Pablo und einen Master in Justizführung von der Universidad Rural. Schliesslich hat sie einen Dr. jur. von der Universität Mariano Gálvez.

Aktuell ist sie stellvertretende Richterin am Verfassungsgericht (CC), allerdings hat sie ihre Tätigkeit nicht nur mit Verfassungsrecht verbracht. Zwischen 1996 und 2004 hat sie in der MP gearbeitet, zunächst als staatsanwältliche Ermittlerin, dann als Leiterin der Abteilung für Verfassungsangelegenheiten, Verfügungen und Personalangelegenheiten. Nachdem sie die Ermittlungsbehörde verlassen hat, wurde sie als Richterin ans Berufungsgericht in Antigua gewählt. Seither und bis ins Jahr 2015 war ihre Karriere auf den Justizsektor ausgerichtet, wo sie als Supervisorin der Gerichte und anderer Verwaltungsorgane fungierte, u.a. anderem für fünf Jahre am Berufungsgericht für Kinder- und Jugendstrafrecht.

Ihre stärksten Beziehungen im beruflichen wie im privaten Bereich hat sie mit ihrem Ehemann, Gilberto Porres Paz, der einer der LeiterInnen der Staatsanwaltschaft gegen Korruption ist und zugleich für seine militärischen Verbindungen bekannt ist. Porres Paz gehörte dem militärischen Abschlussjahrgang 106 an, ebenso wie der derzeitige Verteidigungsminister, Luis Miguel Ralda Moreno, und der Stabschef im Verteidigungsministerium, Julio César Paz Bone. (*El Periódico*)

## **MP hat während der Amtszeit von Aldana 178 kriminelle Banden zerschlagen**

**Guatemala, 8. Mai** – Die scheidende Generalstaatsanwältin, Thelma Aldana, stellte diesen Montag ihren vierten und letzten Bericht als Leiterin der Staatsanwaltschaft (MP) vor. Darin wies sie auf den Abbau von liegen gebliebenen Verfahren, die Einrichtung neuer Abteilungen und auf die Unterstützung der CICIG bei der Ermittlung von Fällen mit hoher Bedeutung hin. Die Präsentation fand in einem Hotel in der Hauptstadt statt, bei dem auch verschiedene staatliche Institutionen, RepräsentantInnen internationaler Organe, Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors zugegen waren. Es fehlten freilich der Vizepräsident Jafeth Cabrera und der Kongresspräsident, Álvaro Arzú Escobar.

Aldana erklärte, dass die Strategie der Strafverfolgung, die sie während ihrer Amtsführung einführte, dazu geführt habe, mindestens 178 kriminelle Banden aufzuspüren und zu zerschlagen. Zudem habe die Förderung der Einheit für spezielle Ermittlungsmethoden dazu beigetragen, das Leben von 2.000 Personen zu retten, die von Verbrecherbanden angegriffen werden sollten.

Bereits zwei Monate nach ihrem Amtsantritt wurde die Zahl jener Fälle, die noch nicht abgearbeitet worden waren, erhoben: Es waren mehr als 1.280.000, deren Zahl bis heute um 57 Prozent gesenkt werden konnte. Die Generalstaatsanwältin berichtete auch, dass in ihrer Amtszeit acht neue Staatsanwaltschaften eingerichtet worden sind: eine für Konkurswesen, eine gegen Erpressung, eine gegen Femizide und Delikte an Kindern und Jugendlichen, eine für interne Angelegenheiten [*wahrscheinlich: Kriminalität in den eigenen Reihen?, d.Red.*], eine gegen Entführungen, eine für Wahldelikte und eine für Spezielle Fälle [*was auch immer damit gemeint ist, d.Red.*]. Zugleich wurden Sekretariate für Frauen und für indigene Völker eingerichtet.

In Bezug auf Prozesse der Eigentumsbeschlagnahme spricht Aldana davon, dass die zuständigen Behörden in den letzten vier Jahren Wertgegenstände im Wert von 28,5 Millionen Dollar und 6,1 Millionen Quetzales sowie 158 Fahrzeuge und 86 Immobilien zu Gunsten des Staates eingefordert haben.

Die Zollbetrugsbande, genannt La Línea – angeführt vom ex-Präsidenten Otto Pérez Molina und ‚seiner‘ Vizepräsidentin Roxana Baldetti – ist wahrscheinlich die bekannteste der 178 kriminellen Gruppen, die während der Amtszeit von Thelma Aldana zerschlagen wurde. Der Schlag gegen La Línea gehört zu den drei Hauptergebnissen in ihrem Bericht. „Wir haben für den Aufbau eines veränderten Guatemala beigetragen, eines, das gezeigt hat, dass wir auf eine solide, starke und gerechte Justiz vertrauen können“, sagte sie auf der Pressekonferenz im Hotel Camino Real.

Während der Veranstaltung übergab Aldana den Übergangsbericht an ihre Nachfolgerin, Consuelo Porras Argueta. Darin werden Leitlinien für die Fortführung des Fünfjahresplanes aufgestellt, etwa dem Plan „Demokratische Kriminalpolitik des Staates 2015-2035“. Zwischen dem 9. und dem 15. Mai wird sich die neue Generalstaatsanwältin täglich mit einem Team der MP unter Leitung der Generalsekretärin, Mayra Véliz, zusammensetzen, um den Übergang zu koordinieren.

„Ich bin mir sicher, dass wenige zu träumen gewagt haben, dass die Allianz aus MP und CICIG wahrhaftig an den machtvollen kriminellen Strukturen rüttelt, die unsere Institutionen in Beschlag genommen haben“, sagte Aldana.

Am 16. April 2015, als der Fall La Línea aufgerollt wurde, wurde ein Bewusstsein in der BürgerInnenschaft geboren, das alle GuatemalteKInnen einlud, sich der Korruption entgegenzustellen. „Seit diesem Moment war klar, dass wir im Kampf gegen die Korruption und Straffreiheit nicht zurückweichen werden.“

Die scheidende Leiterin der MP bedankte sich bei den KooperationspartnerInnen in der Zivilgesellschaft, bei UnternehmerInnen und bei Iván Velásquez, der trotz der Morddrohungen und Schmutzkampagne standhaft blieb.

Der Finanzbericht, der die Erfolge der vier Jahre unter Aldana beinhaltet, wurde von der Generalsekretärin, Mayra Véliz, vorgestellt. Véliz erinnerte ebenfalls an die Zerschlagung krimineller Gruppen wie La Línea oder auch Banden von AuftragskillerInnen, internationalen Banden des Menschenhandels und an die Schläge gegen Banden, die für Schutzgelderpressungen verantwortlich sind.

Am Ende der Ausführungen antwortete Aldana auf einige Fragen der anwesenden Presse. Wozu sie sich nicht äusserte, war die Frage nach ihren Erwartungen zum Abbau der noch abzuarbeitenden Fälle an ihre Nachfolgerin Consuelo Porras für die nächsten vier Jahre: „Jedes Jahr fallen eine halbe Millionen Fälle an, die untersucht werden und einige werden in Prozessen enden“, sagte sie nur.

Über die Erweiterung der Staatsanwaltschaften auf Landkreisebene erklärte Aldana, dass das eine noch offene Bringschuld der Regierung gegenüber der Bevölkerung sei, da diese im ganzen Land einen Zugang zu MP haben müsse. „Mit grosser Kraft haben wir acht Staatsanwaltschaften auf Landkreisebene aufgebaut und wir hoffen, dass es mehr Unterstützung und politischen Willen“ für weitere gebe, fügte sie hinzu.

Eine weitere Sorgen, die an die Adresse von Aldana gerichtet wurde, waren die Forderungen aus dem US-Senat, die finanziellen Hilfen für CICIG zu kürzen. „Wir hoffen sehr, dass es nicht zum Extremen kommt, weil die CICIG ein Bollwerk war, ohne das die MP die kriminellen Banden innerhalb des Staates nicht zerschlagen hätte. Wir hoffen also, dass diese Gefahr abgewendet wird“, sagte die scheidende Generalstaatsanwältin. Seit April 2015 – daran sei hier erinnert – wurden unter Federführung der Staatsanwaltschaft gegen die Straffreiheit quasi wöchentlich ehemalige FunktionsträgerInnen wegen Korruptionsverdacht festgenommen. Insgesamt waren es 38 Fälle mit 697 Beschuldigten, darunter Pérez Molina und Baldetti.

Auf die Frage, ob sie sich auch diesen Mittwoch, Donnerstag und Freitag mit CICIG zusammensetze, bevor sie dann ihre Arbeit beende, sagte sie: „Ja wahrscheinlich.“ (Cerigua-El Periodico)

## ¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

### Redaktion:

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)

### Jetzt auch auf Facebook: [www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

### Abo-Verwaltung: [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

### Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6